



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Bern



## Erfolge in schwierigem politischem Umfeld

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat

**Nach den Regierungsrats- und Grossratswahlen 2010 wurden verschärfte Auseinandersetzungen zwischen Parlament und Regierung prognostiziert. Es stellte sich die Frage, ob es dem rot-grünen Regierungsrat gelingen würde, Akzente zu setzen und Reformprojekte zu realisieren. Heute stellen wir mit Genugtuung fest, dass die Regierungsmehrheit dank ihrer konsensorientierten Arbeitsweise eine Vielzahl wichtiger Reformvorhaben angepackt und umgesetzt hat.**

Das Ergebnis der Regierungsratswahlen vom 28.3.2010 liess an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. «Wenn drei rot-grüne Politiker in einem bürgerlich wählenden Kanton in einer Majorzwahl auf die ersten drei Plätze gewählt werden, ist dies nicht selbstverständlich», kommentierte *Der Bund* am Nachwahltag. Die Gewählten dürften das Wahlergebnis «als Bestätigung für ihre Arbeit auffassen.» Diesem klaren rot-grünen Erfolg stand der Ausbau der bürgerlichen Grossratsmehrheit gegenüber. Was würde das für Auswirkungen haben? «Wird der Grosse Rat wieder eine pointiert bürgerliche Politik betreiben? Wird er vermehrt auf Konfrontation zur rotgrünen Regierungsmehrheit gehen?», fragte sich *Der Bund*. Und die *Berner Zeitung* analysierte: «Vieles deutet darauf hin, dass die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Parlament in den nächsten vier Jahren an Schärfe gewinnen.»

Jetzt, gut zwei Jahre später, kann festgestellt werden, dass es dem Regierungsrat mit seiner undogmatischen, konsensorientierten Arbeit wie bereits in der vorangehenden Legislatur gelungen ist, wichtige Reformvorhaben anzupacken und umzusetzen und den Kanton Bern damit voranzubringen. Die fundierte Arbeit und die offene, gesprächsbereite Regierungsweise werden geschätzt und akzeptiert. Die positive Bilanz über die letzten zwei Jahre ist alles andere als selbstverständlich, namentlich aufgrund der schwierigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen.

Denn bereits bei der Präsentation des Voranschlags 2011 am 26.8.2010 musste die Finanzdirektorin ankündigen, dass «für den Regierungsrat in der neuen Legislatur als Folge der Wirtschaftskrise die Verhinderung von Defiziten in der laufenden Rechnung sowie die Begrenzung der drohenden Neuverschuldung im Zentrum» stehe. Als Folge von Wirtschaftskrise (Rezession 2009), unbeeinflussbarer struktureller Veränderungen wie der Revision des KVG und politischer Entscheide wie der Steuergesetzrevision 2011 verschlechterten sich die finanzpolitischen Rahmenbedingungen für den Kanton Bern zusehends. Umso erfreulicher ist die Bilanz, die heute gezogen werden kann.

### Finanzpolitische Verantwortung

In finanzpolitischer Hinsicht hat der Regierungsrat die herausfordernde Situation bisher mit viel Verantwortung und Geschick gemeistert. Die Jahresrechnung 2011 schloss zum 14. Mal in Folge mit schwarzen Zahlen und einem Schuldenabbau ab. Zulasten der Jahresrechnung 2010 gelang es gar noch, mit einer zusätzlichen Speisung des Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen den finanziellen «Notvorrat» auszubauen, der in den nächsten Jahren ein volkswirtschaftlich akzeptables Investitionsniveau garantieren wird. Mit einem beispiellosen Sparpaket von 277 Mio. Franken schaffte der Regierungsrat bei der Planung des Voranschlags 2012 die Grundlage für ein ausgeglichenes Budget.

### **Personalpolitische Weichenstellung**

Eine wichtige Weichenstellung nahm die Regierung mit der Vorlage zur Revision des Lehreranstellungs- und des Personalgesetzes vor. Aufgrund der Schuldenspirale der 1990er Jahre und der anschliessenden Sparpolitik ist der Kanton Bern bei den Anstellungsbedingungen und namentlich bei den Löhnen von Lehrkräften und Kantonspersonal gegenüber der Konkurrenz erheblich ins Hintertreffen geraten. Heute hat der Kanton Bern als Arbeitgeber immer grössere Mühe, Fachpersonal zu halten und zu gewinnen. Mit der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Revision des Lehreranstellungsgesetzes und des Personalgesetzes sollen die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass das Personal einen konkurrenzfähigen Lohnaufstieg erhält und der Rückstand auf die Konkurrenz nicht weiter ansteigt. Nur damit ist sicherzustellen, dass die öffentlichen Leistungen – von der Sicherheit über die Gesundheit bis zur Schule – mit der gewünschten Qualität erbracht werden können.

### **Ein Meilenstein für den Kanton**

Ein bemerkenswerter Erfolg ist ohne Zweifel die Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich. Das FILAG ist ein für den Kanton Bern zentrales Gesetzeswerk, welches einerseits für einen Ausgleich zwischen schwächeren, oft peripheren Regionen und wirtschaftlich stärkeren Regionen sorgt und damit eine Grundlage für die innerkantonale Kohäsion schafft. Andererseits stellt das Gesetz die Finanzierung zahlreicher Angebote – namentlich der Schule und sozialer Angebote – sicher. Mit der Revision des FILAG hat der rot-grün dominierte Regierungsrat bewiesen, dass er ein delikates und viele regionale Sensibilitäten berührendes Grossprojekt erfolgreich realisieren und zukunftsgerichtete Anreizsysteme (z.B. bei der Finanzierung der Volksschule) verankern kann.

### **Bessere Grundlagen für Bildung und Kultur**

Wichtige Wegmarken im Bereich der Erziehungsdirektion sind die Revisionen des Volksschulgesetzes, des Musikschulgesetzes und des Kulturförderungsgesetzes. Mit der Einführung gesetzlicher Grundlagen für die Basisstufe und die Schulsozialarbeit konnten bei der Volksschulgesetzrevision langjährige Ziele erreicht werden. Die Basisstufe ist ein erfolgsversprechendes Zukunftsmodell und es ist erfreulich, dass im Kanton Bern nun eine gesetzliche Grundlage dafür besteht. Das neue Musikschulgesetz bringt eine Stärkung der Musikschulen und des Musikunterrichts im Kanton Bern und ist eine wichtige Investition in die musischen Fähigkeiten unserer Kinder und einen kulturell vielfältigen Kanton Bern. Dasselbe gilt für die Revision des Kulturförderungsgesetzes, welche ein breit abgestütztes Finanzierungsmodell für die kulturellen Institutionen ermöglicht und der Kulturvermittlung mehr Gewicht verleiht.

### **Armutsbekämpfung im Fokus**

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion hat mit der Publikation des zweiten Berner Sozialberichts die Armut in den Fokus genommen und die Grundlagen für ein Massnahmenpaket zur Armutsbekämpfung erarbeitet. Eine wichtige Massnahme bildet dabei der weitere Ausbau des Angebots im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung. Mittlerweile stehen im Kanton Bern 3300 subventionierte Plätze in Kindertagesstätten zur Verfügung. Einen grossen Schritt hat der Kanton Bern zudem im Bereich der Behindertenpolitik gemacht: Mit dem 2011 vom Bundesrat genehmigten Behindertenkonzept und dem vor kurzem vom Grossen Rat zur Kenntnis genommenen Behindertenbericht wurden die Grundlagen für eine künftige Behindertenpolitik geschaffen, welche die Selbstbestimmungsrechte von Menschen mit Behinderung angemessen berücksichtigt.